

Keine regulatorischen Blindflüge mehr!

Veröffentlicht: 30. Juni 2026 auf LinkedIn

<https://www.linkedin.com/pulse/keine-regulatorischen-blindfluege-mehr-uwe-schroeder-wildberg>

„Wie wird eigentlich der Erfolg politischer Entscheidungen gemessen? Man sollte meinen, an der Wirkung, die sie entfalten oder nicht entfalten. Genau das passiert aber viel zu oft eben nicht: Gesetze werden beschlossen, Verordnungen erlassen und Richtlinien verabschiedet, ohne dass deren Wirksamkeit und Angemessenheit geschätzt oder nach angemessener Zeit überprüft werden. Vor kurzem habe ich in der „WELT“ über eine Untersuchung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall gelesen, der zufolge es gerade die EU-Kommission mit der Folgenabschätzung ihrer Politik nicht sehr genau nimmt. Politik im Blindflug? Leider immer noch Realität.“

DR. UWE SCHROEDER-WILDBERG
Vorstandsvorsitzender der MLP SE



Wie wird eigentlich der Erfolg politischer Entscheidungen gemessen? Man sollte meinen, an der Wirkung, die sie entfalten oder nicht entfalten. Genau das passiert aber viel zu oft eben nicht: Gesetze werden beschlossen, Verordnungen erlassen und Richtlinien verabschiedet, ohne dass deren Wirksamkeit und Angemessenheit geschätzt oder nach angemessener Zeit überprüft werden. Vor kurzem habe ich in der „WELT“ über eine Untersuchung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall gelesen, der zufolge es gerade die EU-Kommission mit der Folgenabschätzung ihrer Politik nicht sehr genau nimmt. Politik im Blindflug? Leider immer noch Realität.

Die Europäische Kommission hat im vergangenen Jahr 123 Richtlinien und Verordnungen auf den Weg gebracht und mehr als 1.000 technische Rechtsakte beschlossen. Aber in nur 25 Fällen ließ sie laut Gesamtmetall-Untersuchung Folgeabschätzungen, also Kosten-Nutzen-Analysen, erstellen. Dabei sind bereits seit mehr als 20 Jahren in der EU sogenannte Folgenabschätzungsberichte vorgeschrieben, um eine „bessere Rechtssetzung“ zu erreichen. Wie kann es sein, dass dieser Verpflichtung nur so unzureichend nachgekommen wird?

Verlässliche Daten und Evaluationen

Dahinter steht ein grundsätzlicheres Problem: Oft fehlt es in der Politik an einer systematischen Bewertung geplanter Maßnahmen und ihrer tatsächlichen Wirkungen. Das Zauberwort heißt „evidenzbasierte Politik“. Es bedeutet, dass Maßnahmen nicht nur auf Intuition oder politischen Überzeugungen beruhen, sondern auf Basis von verlässlichen Daten und entsprechenden Evaluationen erfolgen sollten. Dazu gehört eine Folgenabschätzung im Vorfeld einer Maßnahme ebenso wie die Überprüfung ihrer Wirksamkeit nach Inkraftsetzung. Nun ist klar, dass nicht jeder Rechtsakt und jede Verwaltungsmaßnahme durch ein Gutachten gerechtfertigt werden muss. Wenn es aber um Gesetze und Verordnungen geht, die unmittelbar und in erheblichem Maße in das Privatleben der Menschen oder in den wirtschaftlichen Spielraum von Selbstständigen und Unternehmen eingreifen, sollte dieser Aufwand die Mühe wert sein. Das gilt umso mehr, wenn auf EU-Ebene der Rechtsraum von 27 Staaten mit 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern betroffen ist.

So lobenswert es etwa war, dass die EU im Frühjahr dieses Jahres das bürokratische Monstrum europäische Lieferkettenrichtlinie abgeschwächt und deren Geltungsbereich eingeschränkt hat, so sehr bleibt die grundlegende Frage bestehen: Hat irgendjemand in Brüssel vorab versucht zu ermitteln, welche Kosten in diesem Fall mit welchem Nutzen ausgelöst werden könnten?

Dabei ist leider nicht jede hoffentlich gut gemeinte Folgenabschätzung hilfreich. So zitiert die „WELT“, dass die EU die Kosten ihrer „Entwaldungsverordnung“, die globale Entwaldung eindämmen soll, auf 158 Millionen Euro bis 2,4 Milliarden Euro schätzt – bei einer solchen Spanne dürfen sich sowohl Befürworter als auch Gegner der Verordnung bestätigt fühlen.

Einsatz von KI als Hilfsmittel

Aber nicht nur in Brüssel, auch in Berlin sollten die großen politischen Reformen, die die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode in Angriff nehmen will, auch auf Basis einer aussagekräftigen, aktuellen Datengrundlage erfolgen. Bei deren Auswertung kann mit Blick auf Folgenabschätzungen auch der Einsatz Künstlicher Intelligenz eine wichtige Rolle spielen. Das Problem ist durchaus bekannt. So hat die Rentenkommission in ihren jüngst vorgelegten Empfehlungen für eine umfassende Rentenreform auf die mangelhafte empirische Datenlage zur ergänzenden Altersvorsorge hingewiesen. Oft sei unklar, welche Bevölkerungsgruppen neben der gesetzlichen Rente zusätzlich vorsorgen und welchen Beitrag diese Vorsorge leistet. Fazit der Kommission: „Eine evidenzbasierte politische Steuerung wird dadurch erschwert.“

Natürlich: Nicht alles ist messbar und falsche Annahmen wird es in der Politik wie in der Wirtschaft immer geben. Ich würde mir jedoch wünschen, dass die politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen einen deutlich stärkeren Fokus auf Wirksamkeit und Praxistauglichkeit ihrer Regulierung und Gesetzgebung legen. Regulatorische Blindflüge auf Kosten von Bürgern und Unternehmen können und sollten wir uns nicht mehr erlauben.